

Gutachten zum Grenzübergang Klingenthal liegt vor: Experten sehen keine Zunahme des internationalen Schwerlastverkehrs

Der Schwerlastverkehr in Klingenthal wird jetzt und zukünftig nicht zunehmen. Das ist das Ergebnis einer verkehrsplanerischen Untersuchung, die der Vogtlandkreis im November 2008 in Auftrag gegeben hat, um das zu erwartende Verkehrsaufkommen am Grenzübergang abschätzen zu können. Das in der Verkehrsplanung renommierte Unternehmen PTV Planung, Transport, Verkehr AG Dresden hat die Untersuchung durchgeführt und ist in der Auswertung zu diesem Ergebnis gekommen.

Weiterhin heißt es, dass gegenüber den leistungsfähig ausgebauten Straßenverbindungen wie Bundesautobahn und Bundesstraßen die grenzüberschreitende Verbindung Klingenthal–Kraslice keine Alternative für den LKW-Transitverkehr darstellt. Das heißt im Klartext: LKW-Mautflüchtige werden diese Strecke nicht nutzen.

Der Bewertung zugrunde gelegt wurden Ergebnisse aus den automatischen Dauerzählstellen in Sachsen sowie zweier Verkehrserhebungen des Straßenbauamtes Plauen. Aus den berechneten Verkehrsmengen wurde abgeleitet, dass der Grenzübergang Klingenthal im Jahr 2009 mit ca. 4.500 Kfz/24 h und in der Prognose bis 2020 mit 5.000 Fahrzeugen/24 h sich nur leicht erhöhen wird.

Der Schwerlastverkehrsanteil (d. h. größer 3,5 Tonnen) liegt in diesem Jahr bei drei Prozent und wird sich im Prognosezeitraum bis 2020 bei vier Prozent bewegen. Dieser Anteil des Schwerlastverkehrs wird vom regionalen Wirtschaftsverkehr ver-

ursacht. Das ist attraktiv für die Wirtschaftsregion beiderseits der Grenze und fördert das Zusammenwachsen, indem bisherige Umwegfahrten über Schönberg–Vojtanov oder Oberwiesenthal–Boži Dar entfallen, schlussfolgern die Fachleute. Aus verkehrsplanerischer Sicht ist die Öffnung der grenzüberschreitenden Straßenanbindung Klingenthal–Kraslice für Fahrzeug mit einem zulässigen Gesamtgewicht größer 3,5 Tonnen zu empfehlen, heißt es vom Fachbüro abschließend.

Landrat Dr. Lenk: „Wir nehmen die Sorgen der Klingenthaler hinsichtlich der zu vermutenden LKW-Mautflüchtige und einem Schwerlastverkehr, der unsere Tourismus- und Ferienregion beeinträchtigen könnte, sehr ernst. Daher haben wir die Untersuchung in Auftrag gegeben, um eine fundierte Bewertung zu erhalten. Mit diesem Ergebnis ist uns ein großes Stück Skepsis genommen, wenn Mitte des Jahres die Baumaßnahmen in der Ortsdurchfahrt Kraslice wohl beendet sein werden.“

Für unseren regionalen Wirtschaftsverkehr wird dies förderlich sein und beim Schwerlastverkehr ist darauf zu vertrauen, dass die LKWs auf den dafür gut ausgebauten Magistralen unterwegs sein werden. Wir werden das weiterhin im Auge behalten. Sobald internationaler Schwerlastverkehr dennoch den Weg über Klingenthal nimmt, werden wir begründeterweise die verkehrsrechtlichen Anordnungen dagegen veranlassen.“

Landrat schaltet Oberste Verkehrsbehörde ein

Landrat Dr. Lenk schaltet die Oberste Verkehrsbehörde des Freistaates, das Sächsische Wirtschaftsministerium ein, um Schwerlastverkehr für die Tourismusregion Oberes Vogtland doch noch ausschließen zu können.

Anders als in den undifferenzierten Wortmeldungen der letzten Tage zum möglichen Schwerlastverkehr in Klingenthal hat Landrat Dr. Lenk selbstverständlich nach der Eröffnung des Klingenthaler Kreisverkehrs und die dort der Bürgerschaft von ihm versprochene Handlungsweise umgesetzt und das kreisliche Fachamt angewiesen, nach baulicher Grenzöffnung Kraslice dafür zu sorgen, dass eine Belastung der Region mit Schwerlastverkehr auszuschließen ist. Da verkehrsrechtliche Anordnungen auf Straßen mit erheblicher Verkehrsbedeutung in Abstimmung mit der zuständigen Landesdirektion Chemnitz (früher Regierungspräsidium Chemnitz) erfolgen müssen, wurde der Prozess der Abstimmung selbstverständlich eingeleitet. In einem

Schreiben an die Landkreisesverwaltung stellte die Landesdirektion Chemnitz klar, dass dies mit o. g. Zielen nicht möglich wäre.

Dr. Lenk wird die Oberste Landesbehörde bitten und auffordern, doch noch rechtliche Spielräume zu öffnen, um die Tourismusregion Oberes Vogtland vor Schwerlastverkehr zu schützen.

Enttäuscht ist Landrat Dr. Lenk von der Stadt Klingenthal, dass weder Stadtrat noch Stadtverwaltung bisher einen Versuch unternommen haben, die Straße nach Kraslice abzustufen. Damit wären alle Probleme vom Tisch. Unter diesen Bedingungen wäre es rechtlich möglich, den Verkehr auf 3,5 t zu beschränken.

Also liebe Klingenthaler, weiter Transparente hoch, aber den richtigen Stellen vorhalten.

Nach den Gesprächen im Wirtschaftsministerium beantwortet der Landkreis gerne die Fragen der Klingenthaler Bürger.

Termin, Ort und Zeit werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Heilquellenschutzgebiet für Bad Elster und Bad Brambach wurde festgesetzt Heilquellenschutz ist Voraussetzung für die Arbeitsplätze der Kurregion

Nach nahezu zehn Jahren ist es gelungen, den Heilquellenschutz für die beiden vogtländischen Kurorte zu sichern. Diese Rechtsverordnung für ein wirklich großes Heilquellenschutzgebiet ist die erste in dieser Dimension in Sachsen, fasst Landrat Dr. Lenk die langfristige Bedeutung zusammen. Damit konnte der Vogtlandkreis seine Spitzenstellung bei der Festsetzung von Schutzgebieten sachsenweit festigen.

Der ersten Schutzgebietsverordnung im Freistaat für eine Talsperre in Dröda 1998 folgte 2001 die erste große landkreisübergreifende Talsperrenschutzgebietsverordnung für Eibenstock, Muldenberg und Carlsfeld und mit heutigen Stand sind im Vogtlandkreis 20 Wassererschutzzgebiete neu festgesetzt, was in Sachsen führend sein dürfte, ergänzt der zuständige Umweltamtsleiter Dr. Tobias Pohl.

Quintessenz des festgesetzten Heilquellenschutzes ist die Sicherung von 5.000 bis 7.000 Arbeitsplätzen, die mittelbar und unmittelbar vom Kurbetrieb partizipieren. Die Besucher und Gäste der Kurregion sind ein wesentliches Standbein der Tourismuswirtschaft, was mit dem Heilquellenschutz nun ausreichend gesichert wird.

Langwierig und beharrlich arbeitete das kreisliche Umweltamt an der langfristigen Konzeption, die Einarbeitung der grenzüberschreitenden Aspekte und entsprechender Finanzmittel. Mit berücksichtigt werden mussten Themen wie Geologie, Hydrogeologie, Hydrochemie und Hydrologie immer un-

ter dem Aspekt, dass die unterirdischen wertvollen Quellen keine Grenzen kennen.

Die jetzigen Festlegungen waren dringend erforderlich, um den notwendigen Schutz nachhaltig zu ge-



Die Brunnenkönigin Bad Elster beim Verkosten des Heilwassers in der historischen Marienquelle Foto: Jürgen Pötzsch, Stadt Bad Elster

Ein Ergebnis dieses Projektes, was auch Beachtung beim Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie fand, war es, dass nur 46 Prozent der Schutzgebiete auf sächsischem Territorium und der Rest auf tschechischem Gebiet liegen. Umgedreht liegen auch potenzielle Flächen zum Schutz der tschechischen Heilquellen in Franzensbad auf vogtländischem Gebiet südlich Bad Brambach.

Im Sommer letzten Jahres war es dann soweit, dass die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange folgte und Anregungen und Beanstandungen aufgenommen wurden.

währleiten. Für Gebäude und Nutzungen im Bestand werden sich keine Einschränkungen ergeben, heißt es aus dem Umweltamt, nur sind Neubauten und Nutzungsänderungen unter bestimmten Bedingungen jetzt unzulässig.

Mit dem langfristigen Schutz ihrer Quellen haben wir in die Sicherung unserer Kurregion investiert, heißt es von Landrat Dr. Lenk im Vergleich zu weiteren sieben Kurorten in Sachsen, die über keinen festgesetzten Quellenschutz verfügen. Wichtige und unwiederbringliche Ressourcen zu schützen, das ist dem Vogtlandkreis für seine Heilquellen gelungen.

Sozialamtsleistungen für alle Bürger der Region

Das Sozialamt des Vogtlandkreises erfüllt im vollen Umfang die gesetzlichen Aufgaben der Sozialhilfe. Das betrifft auch die Leistungen für die Stadt Plauen, die seit Januar auf den Vogtlandkreis über gegangen sind. „Die Bürger der Stadt können über das Bürgerbüro des Rathauses Anträge auf die Leistungen der Sozialhilfe erhalten und erfahren dort gleichzeitig und konkret, welche Sachbearbeiter für die Bearbeitung zuständig sind“, informierte Amtsleiterin Gabriele Paul.

Benötigen die Bürger Hilfe bei der Antragstellung und der Beratung im Bereich der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt, so kann man dies auch im Rathaus über die

Mitarbeiter erhalten. Für die Plauer Bürger beruhigt sie weiter, dass alle Sachbearbeiter für die Bereiche Eingliederungshilfe und -pflege sowie Unterhaltssicherung sowohl zur Unterstützung der Antragstellung als auch bei Fragen und Beratung zur Leistungsbearbeitung weiterhin im Rathaus zur Verfügung stehen.

Erst mit der Integration dieses Bereiches in das zentrale Sozialamt des Vogtlandkreises in Auerbach werde die Möglichkeit der Annahme und Ausgabe der Antragsunterlagen über das Bürgerbüro, spezielle Service-sprechstunden des Sozialamtes in Plauen angeboten. Damit bleibt weiterhin die Beratung und Auskunftserteilung in der laufenden Leistungs-

erbringung der Sozialhilfe gegeben. Gegenwärtig gibt es Überlegungen, diese zukünftig jeweils dienstags und donnerstags einzurichten.

Ergänzend können die Bürger in Plauen vorhandenen Beratungsstellen der Träger der Freien Wohlfahrtspflege aufsuchen, die beispielsweise in die Behindertenberatungsstellen des VdK, des Blinden- und Sehbehindertenverbandes, des Gehörlosenzentrums der Diakonie und der Elterninitiative bestehen. Dafür gibt es mit diesen Trägern vertragliche Regelungen. Die bisherige Arbeit des Sozialamtes des Vogtlandkreises wird daher abstrichlos und mit gleichem Angebot auch für die Bürger der Stadt Plauen fortgeführt.

Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere für Schulkinder in Adorf

Auf der B 92 in Adorf in Höhe des Einkaufsmarktes „Edeka“ wird demnächst eine Fußgängerschutzinsel errichtet. Wenn die dementsprechenden Witterungsverhältnisse mitspielen – so die Information des Straßenbauamtes Plauen an das Verkehrsamt – wird im April mit dem Bau begonnen.

Das sind die Ergebnisse des Antrages der Stadt Adorf an das Straßenverkehrsamt des Vogtlandkreises.

Im Zuge des Antrages wurden durch den Vogtlandkreis Verkehrszählungen vorgenommen. Diese ergaben, dass durchaus eine Verbesserung gerechtfertigt ist und eine Fußgängerschutz-

insel vorgeschlagen wurde. Auf dem Abschnitt queren täglich Schulkinder die Bundesstraße, die die Zentralschule in Adorf besuchen. Nicht zuletzt wurde aber auch festgestellt, dass seit Eröffnung des dortigen Einkaufsmarktes mehr Fußgänger die Straße überqueren.